

57. A - 2891

Est. A - 2891
1 em.

Schuz gegen die Raubfischerei.

A n t r a g,

betreffend eine die Schonung der werthvolleren Fischgattungen ermöglichenden und auf die mehrherrigen Seen und Flüsse Livlands anwendbaren Fischereiordnung.

In Betreff der Regelung der Fischerei, namentlich hinsichtlich der Schonung des Fischreichthums, ist die auf Livland anwendbare Gesetzgebung durchaus lückenhaft. Sie beschränkt sich auf Nachstehendes:

Der dritte Band des Provinzialrechtes der Ostseegouvernements enthält nachstehende, die Fischerei-Berechtigung und deren Ausübung betreffende Bestimmungen:

§ 1012. Die innerhalb der Gränzen eines Grundeigenthümers befindlichen Gewässer, sie mögen stehend oder fließende Wässer sein, gehören dem Grundeigenthümer und können von demselben ausschließlich und nach Belieben genutzt werden.

§ 1013. Diejenigen fließenden sowohl, als stehenden Gewässer, welche die Grundstücke verschiedener Eigenthümer durchschneiden oder bespülen, stehen im gemeinschaftlichen Eigenthum der angrenzenden Grundherrschaften, so daß Jedem die Benützung des sein Gebiet durchschneidenden oder bespülenden Theiles zusteht.

§ 1019. Fischwehren dürfen in fließenden Gewässern

Est. A
Tartu Ülikooli
Raamatukogu

36244

nur so angelegt und gebraucht werden, daß weder die freie Durchfahrt dem Publicum, noch der Durchzug den Fischen gehemmt werde.

§ 1020. Der zu diesem Zweck (Art. 1019) in der Mitte *) des Flusses offen zu lassende Raum — der Ausgang oder die Königsader — muß in Livland da, wo beide Ufer einherrig sind, zwölf schwedische Ellen bei größeren, sechs Ellen bei kleineren Flüssen breit sein.

§ 1021. Gehören beide Ufer verschiedenen Eigenthümern, so darf in Liv- und Ehstland jeder derselben seine Wehre nicht weiter, als auf die Hälfte seines Antheiles schlagen.**)

§ 1022. Enthält Specialbestimmungen über die Anlegung von Fischwehren im Peipus und an seinen Zuflüssen, Bestimmungen, welche auf das übrige Livland nicht anwendbar sind.

§ 1024. Die Königsader darf weder mit Netzen, noch mit heimlichen Gittern unter dem Wasser, oder sonst in irgend einer Weise vermachet oder verstrickt werden.

§ 1025. Entspringt der Fluß in des Eigenthümers eigener Gränze †) so ist dieser befugt, innerhalb seiner

*) Im Interesse der Fischvermehrung wäre es wünschenswerth, daß dieser Ausdruck dahin interpretirt würde, daß die Königsader in dem hauptsächlichlichen Stromstriche, wo der Strom am tiefsten und raschesten ist, angelegt werden müsse. Jedoch hat dieser Gegenstand nicht eine so hervorragende Bedeutung, daß ich es für angezeigt halten konnte, ihn durch einen besondern, vielleicht auf Schwierigkeiten hinleitenden Gesetzesentwurf zu berühren.

**) Es wäre erwünscht, daß dieser § so interpretirt werde, daß im Falle sich gegenüberstehenden zweiherriger Wehren die halbe Strombreite und jedenfalls der Stromstrich frei bleibe; jedoch aus dem ad § 1020 angeführten Grunde glaube ich mich eines entsprechenden Vorschlages enthalten zu sollen.

†) Es wäre wünschenswerth, hier einzuschalten: „und ergießt sich nicht in ein fremdes Gewässer“ — jedoch dürfte diese neue Eigenthumsbeschränkung nicht ohne Expropriation oder Entschädigung möglich sein, weshalb ich von einem bezüglichen Vorschlage absehe.

Gränze, über den ganzen Fluß Wehren zu schlagen und das Gewässer überhaupt zu dämmen wie er will.

§ 1026. Enthält über die Anlage von Wehren in der Düna Specialbestimmungen, welche auf die übrigen Livländischen Gewässer nicht anwendbar sind.

§ 1031. Der Grundeigenthümer darf in seinen Gränzen jedem Dritten die Ausübung der Fischerei untersagen. *)

§ 1032. behandelt die Berechtigung zur Strandfischerei am Meere und am Peipus.

§ 1034. In gemeinschaftlichen Gewässern darf in Livland den Fischfang jeder der Theilnehmer in soweit treiben, als er es, ohne Zuziehung fremder Hilfe, mit den Seinigen zu thun vermag. In einem die Gränze zwischen zwei Gütern bildenden Gewässer übt jeder anwohnende Gutzeigenthümer die Fischerei auf seiner Hälfte aus.

§ 1036. In öffentlichen Flüssen**) steht das Recht der Fischerei allen angränzenden Grundeigenthümern, soweit ihre Gränze reicht, bis zur Mitte des Flusses, zu.

§ 1037. Der zur Fischerei Berechtigte darf sich zum Landen, zum Trocknen der Netze u. u., des Leinpfades bedienen.

§ 1038. Das Recht der Fischerei ist an keine Zeit gebunden, darf also vom Berechtigten auch zur Laichzeit ausgeübt werden.

§§ 1040—1043 enthalten Specialbestimmungen für den Peipus, welche auf die übrigen Livländischen Gewässer nicht anwendbar sind.

§ 1044. In fischbaren Gewässern darf kein Hanf und kein Flachs geweicht werden, sondern es soll dies in Gruben oder Sümpfen geschehen, oder es muß das zum

*) Nach § 1015 gehört das Fischen mittelst Angeln zu dem Jermann in den öffentlichen Flüssen gestatteten, geringfügigeren Benutzungen des Wassers.

**) In Livland: Düna, Treider Aa, Embach und Pernausfluß. (§ 1014).

Weichen erforderliche Wasser aus den Seen und Flüssen so abgeleitet werden, daß es aus der Weiche nicht wieder in den Fluß oder See zurücktreten kann.

§ 1052. Im Frühjahr, wenn der Fisch streicht, muß bei jeder Mühle eine Schleuse offen gelassen werden, damit die Fische freien Durchzug haben.

Außerdem sind noch folgende zwar zu Recht bestehende, jedoch zum Theil absolute, zum Theil nur für bestimmte Localitäten giltige, die Befischung der livl. Binnengewässer betreffenden Gesetze zu erwähnen. 1. Alle die zahlreichen, die Fischerei im Rigaschen Patrimonialgebiete und im Wirkungsbereiche des Rigaschen Fischeramtes betreffenden Privilegien und Gesetze älteren und neueren Datum's. 2. Daß die Fischerei auf dem Peipus regelnde Rescript der Livl. Gouvernementsregierung an das Dörptsche Ordnungsgericht dd. 4. Februar 1825 Nr. 538, modificirt durch das denselben Gegenstand betreffende ausführliche Gouv. Reg. Patent Nr. 32 vom Jahre 1865. — 3. Die Generalgouvernementspublication dd. 5. Juni 1766, welche bei 10 Paar Ruthen Strafe die Bauern verbietet, Nachts mit Feuer oder Stecheisen †) oder sonst auf verbotene Art Fische zu fangen.

Die vorstehenden Gesetze bieten nicht die mindeste Handhabe zur Beschränkung oder Beseitigung der Raubfischerei, mittelst welcher die werthvollen Fischgattungen unsrer Gewässer vertilgt werden. Zudem können selbst die bestehenden Gesetze nur unvollständig zur Anwendung gelangen in Folge der unzureichenden Organisation unsrer Landpolizei-Anstalten. Daß zufolge dieser Umstände eine wesentliche Verminderung der provinziellen öffentlichen

†) Die Aufhebung dieses Verbotes könnte ohne Gefährdung der allgemeinen Fischerei-Interessen sehr wohl beantragt werden; jedoch scheint dieses ganz unnöthig veratorische und wo erforderlich sein sollte, von jedem Fischereiberechtigten erlaßbare, Verbot dermaßen in Vergessenheit gerathen zu sein, daß eine ausdrückliche Aufhebung desselben kaum dringend nothwendig erscheint.

Wohlfahrt, das Versiegen einer früher reichlich fließenden Quelle wohlfeiler Volksnahrung herbeigeführt werde, ist eine bereits lange und oftmals constatirte Thatsache. Nicht nur von Privatpersonen, von der localen Presse, von competenten Fachmännern (z. B. vom Herrn Akademiker R. v. Baer) ist die Abnahme des Fischreichthums wiederholt auf die mangelhafte Gesetzgebung und Gesetzeshandhabung zurückgeführt worden; selbst die örtliche Administrativbehörde hat dieser Ueberzeugung officiellen Ausdruck gegeben.

Schon im Jahre 1840 hat die livl. Gouvernements-Regierung mittelst Schreibens vom 28. Juli Nr. 3708 die Aufmerksamkeit des Livländ. Landrathscollégiums auf diesen Gegenstand gelenkt und dasselbe aufgefordert, dahin zu wirken, daß eine neue Fischerei-Ordnung seitens der Ritterschaft in Vorschlag gebracht werde. Demzufolge ward vom Adelsconvente im Febr. 1841 eine Commission mit der Redaction eines bezüglichen Gesetzentwurfs betraut. Die von dieser Commission ausgearbeitete und im Februar 1842 vom Landtage gutgeheißene Fischereiordnung begegnete vielfachem Widerspruche seitens städtischer Corporationen und seitens Privater, welche sich durch dieselbe in ihren Gerechtsamen gekränkt wähnten. Als nach jahrelangen Verhandlungen über die Berechtigung oder Nichtberechtigung solcher Einsprachen es ersichtlich geworden war, daß auf diesem Wege eine Erledigung der Sache kaum zu erhoffen sei, ward im Jahre 1848 von der Gouvernements-Regierung eine gemischte Commission mit der Redaction einer neuen Fischereiordnung beauftragt, bestehend aus Delegirten der Ritterschaft, der Domainenverwaltung und des Rigaschen Rathes. Der von letzterer Commission nach vielfachen Wechselfällen endgültig festgestellte Entwurf einer neuen Fischereiordnung ward vom Landtage am 18. Dec. 1857 gutgeheißten und seine Bestätigung erbeten — bis jetzt ist jedoch die Bestätigung nicht erfolgt.

Wenn nun abermals um Erlaß einer Fischereiordnung petitionirt werden soll, so dürfte es allemzuvor erforderlich

sein, diejenigen Umstände ins Auge zu fassen, aus denen jenes 15jährige Ausbleiben einer Bestätigung sich erklären läßt, und dürfte es angemessen sein, bei dem neuen Vorgehen die erkannten Klippen zu vermeiden.

Gewisse Präcedenzfälle und Analogien können es wahrscheinlich machen, daß es im allgemeinen schwierig sei, die Genehmigung zu einem localen Gesetze oder zu einer localen Einrichtung zu erlangen, von welcher die Anwendbarkeit auf das ganze Reich noch nicht nachgewiesen worden. Jedoch bedarf es in dem vorliegenden Falle dieses allgemeinen Erklärungsgrundes nicht. Denn bei näherer Betrachtung des Fischereiordnungs-Entwurfes vom Jahre 1857 begegnet man Bestimmungen, welche, wenn auch an sich sehr ausführbar, doch nicht im Einklange stehen mit den gewohnten Anschauungen der örtlichen Administration und anderen Bestimmungen, welche zu gerechten Bedenken Anlaß geben können.

Unter der soeben erwähnten ersten Kategorie von Bestimmungen der Fischerei-Ordnung von 1857 ist beispielsweise zu erwähnen die in Aussicht genommene Installirung von Fischerei-Aufscheidern, welche aus dem Ertrage einer auf die Fischerei-Geräthschaften zu legenden Steuer besoldet werden sollten. — Es ist bekannt, daß die Landesverwaltung in allen Fällen, wo sie zum Zwecke der Ausbildung ihres Administrativ-Apparates Steuern in Vorschlag gebracht hat, immer abschläglich beschieden worden ist, mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß die Staatsregierung sich das Recht der Besteuerung durchaus und ausschließlich vorbehalten will. — Wollte man von der Creirung besonderer Fischerei-Aufsicht-Autoritäten dennoch nicht absehen und sich einige Chancen für die staatliche Anerkennung derselben offen halten, so bliebe wohl nichts anders übrig, als dieselben entweder als unbesoldete Ehrenämter in Aussicht zu nehmen, oder aber sie mittelst ritterschaftlicher Willigungen zu dotiren. Im ersteren Falle läge es nahe, die Kirchspielsvorsteher mit

der Handhabung der localen Fischerei-Aufsicht zu betrauen und den Kirchspielsconventen zu überlassen, ob und wieviel sie an Geldsummen den Kirchspielsvorstehern zur Besoldung von Fischerei-Ausschreibern zur Disposition stellen wollen. — Ich kann mich nicht entschließen, diesen Modus in Vorschlag zu bringen, obwohl ich meinte, der Vollständigkeit wegen seiner Erwähnung thun zu sollen. — Die, zur Hälfte aus Bauergemeinde-Repräsentanten zusammengesetzten, Kirchspielsconvente werden schwerlich ein Verständniß dafür haben, daß es sich bei Regelung der Fischerei um eine öffentliche, die allgemeine Wohlfahrt nahe berührende Angelegenheit handelt. Sie werden vielmehr der Ansicht sein, daß es Sache lediglich der Fischereiberechtigten sei, dafür zu sorgen, daß die Ausübung ihres Rechtes einträglich und ergiebig bleibe. Um so weniger dürfte auf den Kirchspielsconventen eine andere Auffassung zur Geltung zu bringen sein, als auch von den „Eingepfarrten“ gar viele, wegen Nichtbesitzes fischbarer Gewässer, kein directes Interesse an Regelung der Fischerei haben, und weil selbst die Fischereiberechtigten zumeist nicht gewohnt sind, dem Fischfange innerhalb ihrer Gränzen irgend erhebliche Aufmerksamkeit zuzuwenden. Aus diesem letzterem Grunde würde außerdem nur in den seltensten Fällen der Kirchspielsvorsteher die Fischerei-Aufsicht wirklich mit Eifer und Erfolg ins Werk setzen. — Da, wie bereits erwähnt worden, die Fischereiberechtigten, also die Rittergutsbesitzer, zunächst und direct dabei interessirt sind, die Ergiebigkeit der Fischerei, durch sachgemäße Regelung derselben, zu erhalten, so ließe sich wohl ausführen, daß die Besoldung des Fischerei-Aufsichtsapparates zunächst mittelst Willigungen aufzubringen sei, und daß es ja den Fischereiberechtigten unbenommen bleibe, bei Verpachtung der Fischerei oder bei sonstiger Gewährung der Fischereiberechtigung an Dritte, den Betrag der Fischerei-Willigung sich vergüten zu lassen. — Ich verzichte jedoch auch darauf, die Besoldung von

Fischerei-Aufsehern 2c. aus Willigungsmitteln in Vorschlag zu bringen. Denn diese letzteren sind durch hervorragend wichtigere, und unstreitig viel dringendere und, so zu sagen, öffentlichere Bedürfnisse dermaßen in Anspruch genommen, so viele wichtige Fragen der Landesverwaltung können aus Mangel an hinreichenden Willigungsmitteln garnicht in Angriff genommen werden — daß eine nennenswerthe Aushülfe von dieser Seite wohl nicht erwartet werden kann. Einen Fischerei-Ordnungsantrag auf die Voraussetzung von Willigungsmitteln basiren, hieße, ihm von vornherein jede Chance der Annahme abschneiden. Es ist also durchaus unvermeidlich, von der Anstellung besonderer Fischerei-Aufseher abzu sehen und auch in Zukunft lediglich an die bestehenden Polizeibehörden namentlich an die Ordnungsgerichte zu recurriren. Es wird freilich den Anschein haben, als ob damit die Unwirksamkeit der Fischereiordnung bedingt sei; denn, wird man sagen, die ländlichen, localen Polizeigewalten wird kaum hinreichende effective Autorität zu zutrauen sein, um alteingewurzelte Mißbräuche abzustellen und die Ordnungsgerichte sind meist zu entfernt vom Schauplaze der Contraventionen und bei geringem Personalbestand dermaßen in Anspruch genommen und überfluthet von wichtigeren Angelegenheiten, daß von ihnen schwerlich ein wirksames Eingreifen erwartet werden kann. — Allerdings muß zugegeben werden, daß eine eigentliche Beaufsichtigung der Fischerei seitens der bestehenden Polizeiautoritäten keineswegs in Aussicht genommen werden kann. Die Aufsicht wird lediglich von denjenigen Fischereiberechtigten, welche sich für Abstellung der Mißbräuche interessiren, ausgeübt werden müssen. Dennoch dürfte durch die weiter unten zu formulirenden Vorschläge eine wesentliche Verbesserung der Zustände herbeiführbar sein. Gegenwärtig vermag der Mitbesitzer eines Gewässers auch beim lebhaftesten Interesse für die Conservirung seines Fischreichthums und bei der thätigsten Ueberwachung seiner Nach-

barn doch nichts auszurichten gegen diejenigen derselben, welche z. B. Brutfischerei treiben oder gestatten. Denn beim absoluten Fehlen irgend eines Verbotes der Brutfischerei konnte keine Behörde ihn vor Beeinträchtigung durch die Nachbarn schützen. Wird dagegen die Brutfischerei in mehrherrigen Gewässern verboten, so hat jeder Mitbesitzer an solchen die Möglichkeit, Contravenienten zur Anzeige zu bringen, die zur Feststellung des Thatbestandes erforderlichen Data zu sammeln und beizubringen und solange auf Bestrafung der Brutfischer hinzuwirken, bis dieselben ihr schädliches Gewerbe aufgeben.

Demnächst muß es auffallen, daß der Fischereiordnungs-Entwurf von 1857 eine große Anzahl von Regeln aufstellt in Betreff der beim Fischfange statthasten oder unstatthastan Geräthe, über Zeiten, während welcher der Fischfang erlaubt oder nicht erlaubt sein soll, über die Art wie Wehre anzulegen und nicht anzulegen seien &c. — Bestimmungen, welche zum Theil ganz zweckentsprechend sein mögen, jedoch vielfach mit tiefeingewurzelten Gewohnheiten ja mit wohlbegründeten Berechtigungen in Widerspruch treten, und daher die Frage der Expropriation in Anregung bringen können — welche Bestimmungen aber zu großem Theile eine ganz unnöthige Reglementirung und Beschränkung des Fischerei-Gewerbes enthalten. Es ist wohl verständlich, daß man Anstand genommen hat, alle diese bedenklichen Detailvorschriften zu legalisiren.

Wenn der Fischereiordnungs-Entwurf vom Jahre 1857 in Betreff der Anlegung von Wehren, die für die größeren schiff- und flößbaren, Gewässer bestehenden Regeln auch auf die übrigen, mehrherrigen Gewässer überträgt, wenn sie ferner die Hinwegräumung der Wehren im Herbst anordnet und demgemäß nur mobile, nicht aber stehende (steinerne) Wehren anzulegen gestattet, so kann nicht abgeläugnet werden, daß diese Anordnungen durchaus zweckentsprechend sind in Hinsicht auf die Be-

förderung der Fischvermehrung. Dagegen ist wohl auf den ersten Blick auffällig, daß die Bestätigung einer, mit solchen Bestimmungen behafteten, Fischereiordnung auf bedeutende Schwierigkeiten stoßen muß. Nicht nur wird der Gesetzgeber von dem Bedenken aufgehalten werden — ob dergleichen Bestimmungen, ohne zahlreiche vorhergegangene Expropriationen entgegenstehender, durch lange Ausübung geheiligten Berechtigungen überhaupt allgemeine Geltung gegeben werden kann; — sondern es wird auch mit Recht die Frage aufgeworfen werden müssen, ob der Nutzen, den man von solchen Anordnungen sich versprechen darf, wirklich so hervorragend sei, daß es sich verlohne, zahlreiche Privatberechtigungen zu beeinträchtigen oder gar für ihre Aufhebung Entschädigung zu gewähren. Ein solcher hervorragender Nutzen der in Rede stehenden Maaßregeln oder gar ihre Unumgänglichkeit ist nun aber durchaus in Abrede zu stellen. Die Fruchtbarkeit der Fische ist eine so sehr große, daß man durch Wegfangen laichfähiger Individuen kaum eine Verminderung der Individuenanzahl der betreffenden Gattung hervorbringen wird. Wenn nur jährlich ein Theil der fortpflanzungsfähigen Fische zur Laichzeit dem Gefangenwerden entgeht, so ist es doch gewährleistet, daß das bezügliche Gewässer soviel von der bezüglichen Fischgattung behält, als es überhaupt zu ernähren vermag. Und daß eine genügende Anzahl von Fischen zum Laichen gelangen kann, wird durch das in Kraft stehende Gesetz gewährleistet, welches die Königsader stets offen zu halten gebietet und nur für die Flüsse und Bäche nicht anwendbar sein dürfte, die oberhalb keinem anderen Besitzer gehören — was nur in den allerseltensten Fällen stattfindet. Andererseits hat zeitiges Hinwegräumen der Wehren im Herbst wohl große Bedeutung für die Regulirungsverhältnisse der Flußläufe, um Anlässe zu Versandungen, Stauungen, Verstopfungen zc. zu beseitigen; aber in Betreff der Fischbevölkerung dürfte das Vorhandensein der Wehren im

Spätherbst, Winter und Früh-Frühjahr von keiner wesentlichen Bedeutung sein. Sobald nur die sogenannte Königsader offen bleibt, wie das Gesetz es vorschreibt, so wird das Stehenlassen der Wehren über Winter, aus den bereits erwähnten Gründen eine merkliche Verminderung der Fischbevölkerung nicht hervorrufen können. — Mithin glaube ich, von allen die Regelung der Wehrenverhältnisse betreffenden Vorschläge, wenigstens im Interesse der Fischerei, und der Fischvermehrung, absehen zu dürfen und zu sollen, da die alten einschläglichen Bestimmungen ausreichend erscheinen und die Bestätigung neuer auf Schwierigkeiten stoßen muß. —

Was ferner die von dem Fischereiordnungs-Entwurfe von 1857 vorgenommene detaillirte Feststellung der in der Düna, in der Aa, in den Landseen zc. gestatteten Fischerei-Geräthschaften, der für jedes Gewässer statthaften Netzdimensionen zc. anbetrifft, so ist wohl schon von vornherein ersichtlich, daß eine solche Reglementirung eine unangemessene und unsachgemäße wäre, selbst im Falle ihrer Durchführbarkeit. Denn es ist evident, daß für die untere Aa nicht dieselben Netzgrößen gelten können, wie für die obere Aa; daß für breite und seichte Stellen nicht dieselben Netze verwendbar sind, wie für schmale und tiefe Theile des Flußlaufes u. s. w.; kurzum, daß das Gesetz unmöglich für alle Theile der Gewässer und für alle localen Verhältnisse so individualisirt werden kann, wie das Gesetz es erfordert. Zudem hat die Größe der Netze durchaus nicht dieselbe hervorragende Bedeutung wie die Maschenweite sie besitzt — worauf weiter unten zurückgekommen werden soll.

Auch wird von dem Fischereiordnungs-Entwurfe von 1857 der Gebrauch von Lanzen und Stecheisen (nach dem Vorgange des Patents vom 5. Juni 1766), so wie das Fischen zur Nachtzeit und mit Hilfe von Feuer ganz ohne Noth prohibirt. Jeder mit der Lebens- und Fortpflanzungsweise der Fische Vertraute wird zugeben müssen,

daß durch dieses Verbot, selbst wenn es öffentlich polizeilich durchführbar wäre, die Conservirung des Fischreichthum's durchaus nicht wesentlich gefördert werden würde. Freilich würde, wenn alle nächtliche Fischerei unterbliebe, die Beaufsichtigung der Fischerei wesentlich erleichtert werden. Jedoch hat es jeder Fischereiberechtigte in der Hand, sich diese Erleichterung, soweit es die Umstände überhaupt gestatten, zu verschaffen, indem er innerhalb seiner Grenzen die Erlaubniß zu nächtlicher Fischerei versagt. Dagegen würde wohl jedem Fischereiberechtigten es als eine unbefugte und unmotivirte Eigenthumsbeschränkung erscheinen, wenn man es ganz allgemein, also auch ihm selbst untersagen wollte, in dem eigenen Gewässer auch zur Nachtzeit und mit Stecheisen zu fischen.

Ebenso unmotivirt und undurchführbar erscheint bei näherer Betrachtung die Absicht des Fischereiordnungs-Entwurfes von 1857, die Fischerei zur Laichzeit zu untersagen, im strikten Gegensatz zu dem § 1038 des Privatrechtes. Abgesehen davon, daß die Laichzeit für die verschiedenen Fischgattungen durchaus nicht so übereinstimmend ist *), wie die Brutzeit des Federwildes, so ist die Schonung der laichenden Fische auch durchaus nicht in demselben Maße angezeigt, wie die des brütenden Federwildes. Denn die Fruchtbarkeit der Fische ist, wie bereits erwähnt, eine so gewaltig große, daß die Conservirung der Mehrzahl der Rogener z. B. durchaus nicht von Wichtigkeit erscheint, daß es vielmehr, in Hinsicht auf die Fortpflanzung der Gattung genügt, wenn jährlich auch nur ein Theil der vorhandenen Individuen an den passenden Laichplätzen zur Vollziehung des Reproductionsgeschäftes gelangt; denn aus Mangel an Nahrung geht ohnehin der bei Weitem allergrößte Theil der Fischbrut regelmäßig zu Grunde; im Verhältniß zur vorhandenen Fischnahrungsmenge wird

*) Die Quappen z. B. laichen mitten im Winter, die Hechte bei erster Lockerung des Eises, die Neuse im Herbst n. s. w.

immerhin genug Fischbrut vorhanden sein, selbst wenn ein großer Theil der Rogener weggefangen werden sollte.

Ich sehe mithin keinen Anlaß, die von dem Fischereiordnungs-Entwurf von 1857 ausgestellten Normen in Hinsicht der für Ausübung der Fischerei statthafter Zeiten und der statthafter Geräthschaften und ihrer Dimensionen auch meinerseits wieder in Vorschlag zu bringen. Solche Vorschläge würden, unangemessen wie sie wären, schwerlich Bestätigung erlangen und blieben, selbst wenn bestätigt, nur todte Buchstaben und trügen als solche nur dazu bei, die Wirksamkeit des ganzen Gesetzes zu beeinträchtigen.

Nur einer einzigen, von dem Fischereiordnungs-Entwurfe von 1857 in Vorschlag gebrachten Einschränkung des Fischerei-Gewerbes vermag ich practische Bedeutung beizumessen, jedoch auch nicht ganz in der dort proponirten Weise — ich meine der Beschränkung hinsichtlich der statthafter Negmaschenweite.

In Anbetracht der eminenten Fortpflanzungsfähigkeit der Fische darf es als unzweifelhaft angesehen werden, daß der Fortbestand einer gewissen Fischgattung — sagen wir beispielsweise der Brachsen — in einem gegebenen Gewässer als gesichert angesehen werden kann, sobald daselbst vermieden wird, diese Fischgattung vor ihrem Fortpflanzungsfähigen Alter zu fangen. Mag dort auch sonst noch so fleißig gefischt werden, mögen auch noch so viele Brachsen jährlich gefangen werden, so wird man doch, bei Schonung der noch nicht reproductionsfähigen Individuen, niemals dazu gelangen, den Brachsenbestand wesentlich zu vermindern. Solange nur immer Brachsen-Rogener und Brachsen-Milchner nachwachsen können und solange nicht die Brachsenbrut vor dem Alter der Mannbarkeit weggefangen wird, wird es in dem bezüglichen Gewässer immer Brachsen geben. Bei sehr intensiver Fischerei wird man allenfalls dahin gelangen, die älteren Generationen, die ungewöhnlich großen Exemplare wegzufangen, dafür wird man aber — sobald man sich nur

der Brutfischerei enthält — eine um so größere Anzahl jüngerer Brachsen nachbehalten, sovieler als nur immer bei der vorhandenen Fischnahrung existiren können. Wird dagegen Brutfischerei betrieben, so können alsbald diejenigen werthvolleren Fischgattungen, welche erst im höheren Alter und bei einiger Größe reproductionsfähig werden, gänzlich ausgerottet werden. An ihre Stelle treten dann — und entwickeln sich um so zahlreicher mittelst der disponibel gewordenen Fischnahrung — kleinere und werthlosere Gattungen, die bereits in frühem Alter und bei geringer Größe laichen. So hat in dem durch die Brutfischerei heimgesuchten Peipussee der Löffelstint, welcher bereits im zweiten Lebensjahre, bei einer Größe von $1\frac{1}{2}$ Zoll Länge und $\frac{1}{6}$ Zoll Breite laicht, die übrigen werthvolleren Fischgattungen fast vollständig verdrängt. Demselben Schicksale geht der Wirzjerw und mancher andere See Livlands mit raschen Schritten entgegen, ohne daß dem ein gesetzliches Hinderniß entgegengesetzt werden könnte.

Beachtenswerth ist nun aber hierbei, daß beim Erreichen des reproductionsfähigen Alters dieselbe Fischgattung nicht überall dieselbe Größe besitzt. Legere erweist sich als abhängig von der örtlich in mehr oder weniger reichlich vorhandenen Menge von Fischnahrung. In einem, so zu sagen, nahrhaften Gewässer kann z. B. der Brachsen beim Eintritt in das mannbare Alter leicht doppelt so groß sein, als in einem anderen weniger nahrhaften Gewässer. Es wird daher die Maschenweite in diesen beiden Gewässern sehr verschieden zu normiren sein, sobald es sich darum handelt sie derart zu fixiren, daß noch zeugungsunfähige Brachsen von den Netzen nicht ergriffen werden können. Mithin ist eine allgemeingültige Normirung der Maschenweite, wie der Fischerei-Ordnungsentwurf von 1857 sie in Vorschlag bringt, durchaus unangemessen. Vielmehr wird für jede Localität, je nach ihrem Gehalte an Fischnahrung und je nach den

dort gezogenen Fischgattungen, eine besondere Maschenweite angemessen erscheinen müssen. Da man aber im allgemeinen Gesetze alle diese einzelnen Fälle nicht berücksichtigen kann, so ist von einer allgemeingültigen Normirung der Netzmaschenweite überhaupt und gänzlich abzusehen, weil dieselbe in den allermeisten Fällen unzutreffend sein müßte, indem sie entweder doch zur Brutfischerei führt oder aber eine ganz unnöthige Beschränkung des Gewerbes constituiert.

Dagegen sollte das Verbot der Brutfischerei im Principe aufs allerbestimmteste hingestellt und seine Anwendbarkeit auf alle Fälle dadurch möglichst gesichert werden, daß man es dem Ermessen des Richters und Sachverständiger überläßt, zu beurtheilen, ob im gegebenen Falle eine Verletzung des Prinzipes stattgefunden hat, und daß man nicht eine einheitliche Norm hinstellt, welche nur in einigen Fällen sachgemäß wäre, in allen andern Fällen aber entweder unzureichend oder lediglich veragatorisch, und dann nur geeignet, die Durchführbarkeit des Gesetzes zu beeinträchtigen. Es mag hier noch bemerkt werden, daß in Fällen erhobener Contastationen es immer leicht sein wird, zur Laichzeit der betreffenden, zu schonenden, Fischgattung, durch einige Probefischzüge zu ermitteln, ob mittelst des fraglichen Netzes Fische der bezüglichen Gattung vor Erreichung des fortpflanzungsfähigen Alters gefangen werden. Geschieht es, so ist die Maschenweite des Netzes eine an dem Orte unstatthafte, so ist das Netz dort als ein Brutfischereineß anzusehen. Zudem wird Jeder, der sich für Beseitigung der Brutfischerei interessirt, ohne Schwierigkeit das Vorhandensein derselben schon dadurch constatiren können, daß er sich durch Zeugen in Besitz gefischter Brut setzt und diese als corpus delicti der Behörde einliefert, welche dann zumeist schon an letzterem den Thatbestand wird constatiren lassen können.

Wie aus Vorstehendem hervorgeht, so kann theils wegen zufälliger, äußerer Umstände (wegen der Unmöglichkeit der Besteuerung und der Beschaffung eines besondern Fischerei=Aufsichtsapparates und wegen der thatsächlichen Beschaffenheit unsrer Polizeiorgane ic.), theils aus inneren, sachlichen Gründen (wegen Unangemessenheit der Bestimmungen) die Wiederaufnahme des Fischereiordnungs=Entwurfes vom Jahre 1857 nicht empfohlen werden, sondern muß die ganze gegenwärtige Aufgabe darauf reducirt werden, ein anwendbares Verbot der Bruttscherei zu exportiren, ein Verbot, an welches der Fischereiordnungs=Entwurf von 1857 nicht stricte gedacht hatte, und welches er auch nicht ins Auge fassen konnte, da die einschläglichen naturhistorischen Forschungen und Erörterungen, namentlich die des Herrn Academiker A. von Baer, jüngeren Datums sind, als die aus den vierziger Jahren stammenden Bestimmungen des Fischerei=Ordnungs=Entwurfes von 1857.

Aus dem Vorhergehenden dürfte wohl ersichtlich sein, daß es namentlich die Bruttscherei ist, ja ausschließlich diese, gegen welche das zu exportirende neue Fischerei=Gesetz gerichtet sein muß. Denn gegen die Bruttscherei giebt es bislang nicht ein einziges, auf, die Binnengewässer Livlands anwendbares Gesetz, während in Betreff des Wehrenbaues die bestehende Gesetzgebung annähernd ausreichend ist, oder doch einer weiteren Ausbildung lange nicht so sehr bedarf, als einer stricthen Handhabung.

Es erübrigt ferner, zu bemerken, daß die Bruttscherei nicht in allen Jahreszeiten gleich schädlich und verheerend wirkt. In der kälteren Jahreszeit hält sich nämlich die Fischbrut an den tiefern Stellen der Gewässer auf und ist dann weniger zugänglich. Das Fischen mit engmaschigen Netzen ist dann weniger schädlich, als im Sommer, wo die Bruttscherei vornehmlich auf den Untiefen und an den seichten Uferrändern betrieben wird, wo die Fischbrut sich dann massenhaft in den wärmeren und an Nah-

rung reicheren Wässern sammelt. Es scheint daher angemessen, das Fischen mit zu engmaschigen Netzen überhaupt zu untersagen, für die warmen Sommermonate aber mit besonders verschärfter Strafe zu belegen.

Endlich ist noch zu erwähnen, daß, die Fischerei beschränkende, Bestimmungen nur auf mehrherrige Gewässer bezogen werden können. Denn es liegt auf der Hand, daß die Bewirthschaftung eines ausschließlich besessenen und in sich abgeschlossenen Gewässers ganz dem Belieben des Eigenthümers anheimgegeben werden muß. So wenig für den Dritten ein Recht zur Einrede daraus entsteht, wenn Jemand seinen ausschließlich besessenen Acker rationell oder irrationell, meliorirend oder interio- rirend bewirthschaftet, so wenig werden Interessen Dritter in nachweisbarer Weise geschädigt, wenn Jemand das ihm ausschließlich zugehörnde Gewässer be- oder entvölkert.

Sobald jedoch ein Gewässer mehrherrig besessen wird oder derart im Zusammenhange mit, Anderen zugehörenden Gewässern steht, daß es von den Fischen dieser legeren mitbewohnt oder als Laichplatz benutzt werden kann, so wird jede in solchem gemeinschaftlich besessenen oder im Zusammenhang stehenden Gewässer verübte Bruttscherei die Interessen Dritter in ähnlicher Weise gefährden, als wie es etwa bei verbotener, rücksichtsloser Jagdausübung, bei Nichteinhaltung der Schonzeiten, geschieht.

Nach dem Vorstehenden kann es wohl für empfehlenswerth erachtet werden, nachstehende Gesetzesbestimmungen zu erlassen:

§ 1. In einherrig besessenen Seen, Stauungen und Teichen Livlands, welche keinen Abfluß in fremde Gewässer haben, so wie in den, demselben Eigenthümer ausschließlich zugehörenden Zuflüssen solcher Seen, Stauungen und Teiche bleibt der Fischerei-Betrieb in jeder Beziehung dem freien Ermessen des Eigenthümers anheimgegeben, ohne irgend einer Beschränkung zu unterliegen.

A-2891

3624

§ 2. Daß Fischen in denjenigen Livländischen wässern (Seen, Teichen, Stauungen, Strömen, Bächen,) welche von mehreren Eigenthümern besessen oder mit mehrherrigen Gewässern durch Zu- und Abflüsse in Verbindung stehen, unterliegt nachstehende

Anmerk. Ausgenommen von den nachstehenden Bestimmungen ist die durch besondern Geseze geregelte Fischerei auf dem Peipussee und auf dem Pscow'schen See; desgleichen die durch besondere Privilegien und Geseze geregelte Fischerei im Patrimonialgebiete der Stadt Riga und in dem Wirkungsgebiete des Riga'schen Fischer-Amtes.

a) Es ist verboten Brutfischerei zu betreiben, das heißt, mit Geweben und mit so engmaschigen Netzen zu fischen, daß mittelst ihrer Fische, welche das fortpflanzungsfähige Alter noch nicht erreicht haben, gefangen werden.

b) Diesem Verbote Zuwiderhandelnde unterliegen einer Geldstrafe bis einhundert Rubel, wenn das Vergehen in den Monaten Juni, Juli, und August verübt worden; sie unterliegen einer Geldstrafe bis fünfzig Rubel, wenn das Vergehen zu anderen Zeiten verübt wurde.

H. von Samson.

Der Hr. von Samson zu Urbs ist von dem Livl. Landrathzcollegio ersucht worden, den Entwurf einer, die Schonung der werthvolleren Fischgattungen ermöglichenden und auf die mehrherrigen Seen und Flüsse Livlands anwendbaren Fischereiordnung gefälligst ausarbeiten, denselben der öffentlichen Beurtheilung durch den Druck freigegeben und sodann seiner Zeit das gesammte Material, den Entwurf sowohl wie dessen Besprechung in der Presse, genanntem Landrathz-Collegium behufs Wahrnehmung des weiter Erforderlichen einsenden zu wollen.

Indem in Brostgehendem der von Herrn von Samson verfaßte bezüglich der Entwurf nebst seiner Motivirung veröffentlicht wird, ergeht an Alle, welche sich für diese Angelegenheit interessiren, die Aufforderung, etwaige Bemerkungen, Einwendungen u. d. der Deconom. Societät zur Publication einzusenden.

Von der Censur gestattet. — Dorpat, den 19. Januar 1873.

Druck von H. Raatzmann in Dorpat.